

**Stellungnahme des Landtags
durch den Innenausschuss**

**zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 15. Mai 2013
– Drucksache 15/3528**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Die Zusammenarbeit und die Aus- und Fortbildung auf
dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol)**

S t e l l u n g n a h m e

I.

Der Landtag nimmt von der Mitteilung des Innenministeriums vom 15. Mai 2013 – Drucksache 15/3528 – Kenntnis.

II.

Der Landtag ersucht die Landesregierung, bei den Beratungen des Bundesrats zum „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit und die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI und 2005/681/JI des Rates“ (BR-Drs. 346/13) auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

05.06.2013

Der Berichterstatter:

Thomas Blenke

Der Vorsitzende:

Walter Heiler